

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

Sexarbeits- und Prostitutionsforschung

Wohnungskrise als Herausforderung für die
Gemeinwesenarbeit

Digitalisierung als Irritation

Bildungs- und Betreuungslandschaften zur
Herstellung von Chancengleichheit in peripheren
Sozialräumen

Design Thinking als Partizipationsansatz für
Soziale Arbeit und Stadtentwicklung

Herausgeber*in

Karin Böllert, Hans-Uwe Otto †, Hans Thiersch

Redaktion

Karin Böllert (verantwortlich), Münster; Gaby Flösser, Dortmund; Rainer Treptow, Tübingen; Holger Ziegler, Bielefeld.

Redaktionsanschrift

Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft, AG 8 Soziale Arbeit
Postfach 100131, 33501 Bielefeld
e-mail: redaktion-neuepraxis@uni-bielefeld.de

Beirat

Pascal Bastian, Koblenz-Landau; Roland Becker-Lenz, Olten (CH); Maria Bitzan, Esslingen; Karin Bock, Dresden; Rita Braches-Chyrek, Bamberg; Karl-Heinz Braun, Magdeburg-Stendal; Margrit Brückner, Frankfurt/M.; Zoe Clark, Siegen; Peter Cloos, Hildesheim; Thomas Coelen, Siegen; Margret Dörr, Mainz; Bernd Dollinger, Siegen; Thomas Feltes, Bochum; Jörg Fischer, Erfurt; Thomas Gabriel, Dübendorf (CH); Klaus Grunwald, Stuttgart; Reinhard Hörster, Halle/S.; Bettina Hünersdorf, Halle/S.; Fabian Kessel, Wuppertal; Heiner Keupp, München; Thomas Klie, Freiburg; Alban Knecht, Klagenfurt (A); Björn Kraus, Freiburg; Nadia Kutscher, Köln; Veronika Magyar-Haas, Fribourg (CH); Peter Marquard, Bremen; Stephan Maykus, Osnabrück; Nina Oelkers, Vechta; Ullrich Otto, Zürich (CH); Andreas Polutta, Ravensburg-Weingarten; Heike Radvan, Cottbus; Thomas Rauschenbach, München; Kim-Patrick Sabla, Vechta; Philipp Sandermann, Lüneburg; Andreas Schaarschuch, Wuppertal; Albert Scherr, Freiburg; Stefan Schnurr, Muttenz (CH); Mark Schrödter, Kassel; Wolfgang Schröer, Hildesheim; Mike Seckinger, München; Marc Ansgar Seibel, Koblenz; Christian Spatscheck, Bremen; Heinz Süner, Wuppertal; Nina Thieme, Duisburg-Essen; Werner Thole, Kassel; Wolfgang Trede, Tübingen; Jan V. Wirth, Bückeburg; Ulrike Voigtsberger, Hamburg

Verlag

Verlag neue praxis GmbH,
Lahnneckstr. 10, 56112 Lahnstein
Tel. 02621 187159
Fax 02621 187176
E-mail: info@verlag-neue-praxis.de
Bankkonto: Volksbank Rhein-Lahn
BLZ 57092800
Kto.-Nr. 200240715

IBAN: DE95570928000200240715
BIC: GENODE51DIE (Ort Diez)

Alleingesellschafterin:
Ute C. Renda-Becker

Bezugspreis

Die np erscheint 6 x jährlich.
Einzelheft 21,- €,
Jahresabonnement 84,- €,
Studierendenabonnement 69,- €. Die SLR (erscheint 2 x jährlich) kostet im Kombiabonnement mit der np 23,- € zzgl. Zustellgebühr

Das Abonnement der *neuen praxis* ist schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende eines Kalenderjahres kündbar. Probeabonnements, die nicht acht Tage nach Erhalt des letzten Probeheftes schriftlich gekündigt werden, gehen automatisch in ein Jahresabonnement über.

ISSN 0342-9857

Anzeigen

Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 19 vom 1.1.2006

Verwaltung und Auslieferung

Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

Satz

MedienServiceCenter Ute C. Renda-Becker, Lahnstein

Druckerei und Lieferanschrift für Beilagen

Rewi Druckhaus, Wiesentraße 11,
57537 Wissen

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Porto beigefügt ist. Die Zeitschrift kann durch die Buchhandlung und direkt vom Verlag bezogen werden. Alle Rechte, auch die der fotomechanischen Wiedergabe sind vorbehalten.

Manuskriptangebote senden Sie bitte per E-Mail direkt an: neuepraxis@uni-bielefeld.de. Alle Beiträge durchlaufen ein blind-peer-review-Verfahren.

Copyright

© Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein

Die neue praxis wird regelmäßig im »Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS« des Informationszentrums Sozialwissenschaften (Lennéstr. 30, 53113 Bonn) erfasst.

BEITRÄGE

- Susanne Kock*
Sexarbeits- und Prostitutionsforschung. Wissenschaftliche Herausforderungen im Kontext einer
moralisierten Debatte 253
- Karl-Heinz Braun*
Die Wohnungskrise als Herausforderung für die Gemeinwesenarbeit 267
- Philipp Waag/Konstantin Rink*
Digitalisierung als Irritation. Von ideologischen zu reflexionstheoretischen Selbstbeschreibungen
der Sozialen Arbeit im Zuge ihrer Auseinandersetzung mit digitalen Technologien 292
- Bettina Hünersdorf/Jonathan Everts/Rolf Torsten Kramer/Reinhold Sackmann/Stefanie Schmachtel/
Tanja Sturm*
Bildungs- und Betreuungslandschaften zur Herstellung von Chancengleichheit in peripheren
Sozialräumen. Feldtheoretische Forschungs- und Entwicklungsperspektiven 307
- Christian Schröder/Thomas Wendt*
Herausforderungen der Zukunftsgestaltung. Design Thinking als Partizipationsansatz für
Soziale Arbeit und Stadtentwicklung 324

BERICHT

- Gabriele Wild/Marc Diebäcker/Manuela Hofer/Verena Scharf*
Policing the Pandemic. Pandemische Regulierung von öffentlichen Räumen und Personen durch
Polizei und Soziale Arbeit 340

● Angesichts der medialen Präsenz der Themenfelder Sexarbeit und Prostitution sowie deren Komplexität und Undurchsichtigkeit stellt sich die Frage, wie es im wissenschaftlichen Kontext gelingen kann, systematisch und methodisch kontrolliert vorzugehen und Sexarbeit und Prostitution von der sie umgebenden Mystifizierung, Instrumentalisierung und Stigmatisierung zu befreien, mit dem Ziel, objektive Perspektiven zu generieren und Befunde zu erzeugen, die den gesellschaftlichen Debatten zugeführt werden können. Der Beitrag von *Susanne Kock* legt das durch zum Teil moralisierende Ansätze und politische Interessen geprägte diskursive Feld mit seinen aktuellen Kontroversen kritisch dar.

● *Karl-Heinz Braun* macht deutlich, worin die gegenwärtige Wohnungskrise besteht und welche Herausforderungen damit für Gemeinwesenarbeit verbunden sind. Dazu wird zunächst der Weg von der staatlichen Wohnungsversorgung in seine weitgehende Vermarktung rekonstruiert, dann deren strukturelles Resultat, nämlich die Implementierung einer Wohnklassengesellschaft analysiert, die sich schon seit längerem in einer Krise befindet, welche sich allerdings gegenwärtig verschärft und in der absehbaren Zukunft noch vertiefen wird. Schließlich wird ein Ausblick gegeben mit exemplarischen Schwerpunkten, wie sich die Gemeinwesenarbeit in die kommunale Wohnungspolitik einmischen kann und sollte.

● Anhand der disziplinären Debatte um die Bedeutung digitaler Technologien für die Profession der Sozialen Arbeit zeigen *Philipp Waag* und *Konstantin Rink* auf, dass die deutschsprachige Soziale Arbeit allzu oft ideologischen Vorurteilen gefolgt ist und auf diese Weise ihr Reflexions-

potenzial nicht ausgeschöpft hat. Diese Analyse wird systemtheoretisch gerahmt und die Auseinandersetzungen der Disziplin der Sozialen Arbeit mit der Relevanz digitaler Technologien für die Profession als kontingente Irritationen der Selbstbeschreibungen eines gesellschaftlichen Teilbereichs bestimmt.

● Die Ausführungen von *Bettina Hünersdorf*, *Jonathan Everts*, *Rolf Torsten Kramer*, *Reinhold Sackmann*, *Stefanie Schmachtel* und *Tanja Sturm* zielen darauf ab, die Potenziale eines feldtheoretischen Zugangs für die Analyse der (Neu-) Ordnungen von Bildungs- und Betreuungslandschaften auszuloten. Dieser analytische Zugang bildet eine zentrale theoretische Ressource für das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte Verbundprojekt »(Neu-) Ordnungen von Bildungslandschaften reflexiv gestalten. Zur riskanten gesellschaftlichen und schulischen Teilhabe von Kindern in peripheren Sozialräumen«.

● Basierend auf Erfahrungen in verschiedenen Lehrforschungskontexten reflektieren *Christian Schröder* und *Thomas Wendt*, ob eine für Soziale Arbeit und Stadtentwicklung adaptierte Version von Design Thinking eine Antwort auf die Herausforderungen von Partizipationsprozessen sein kann. Primär geht es darum, den potenziell exkludierten Gruppen in Stadtteilentwicklungsprozessen eine Stimme zu verleihen und bedarfsorientierte Lösungen zu entwickeln, die an den Lebenswelten von Bewohner*innen ausgerichtet sind. Diese Angebote sollten möglichst zeitnah im Stadtteil umgesetzt werden, um Enttäuschungen und Konflikten vorzubeugen und die Wirksamkeit von Partizipationserfahrungen zu erhöhen.

Susanne Kock

Sexarbeits- und Prostitutionsforschung

Wissenschaftliche Herausforderungen im Kontext einer moralisierten Debatte

Die Felder Sexarbeit und Prostitution¹ werden sowohl gesellschaftlich und politisch sowie im wissenschaftlichen Diskurs ambivalent diskutiert; in Deutschland nochmals intensiver seit dem 2017 in Kraft getretenen Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) (Körner, 2021; Mörgen/Schnitzer, 2018). Dabei sind die Themenfelder und Diskurse von »erheblichen rechtlichen und sozialen Widersprüchen« (Albert/Wege, 2015: 10) geprägt, während sie zugleich oftmals mit einer »moralisch aufgeladene(n) Darstellung von Sexarbeit« (Probst, 2015: 71) einhergehen, insbesondere da sie von ethischen Vorstellungen hinsichtlich der Themen »Sexualität, Rechte, Ausbeutung und Gewalt« (ebd.: 123) geprägt sind. Benkel/Lewandowski (2021) diagnostizieren gar eine diskursive Blockade, basierend auf dichotomen Positionen hinsichtlich der Deutung von Prostitution bzw. Sexarbeit als Zwangsmechanismus versus Berufsausübung prinzipiell selbstbestimmter Subjekte, wobei sie, wie zu sehen sein wird, gerade auch innerfeministische Debatten Zwischenformen und Graubereiche im hochdifferenzierten Feld praktisch weitgehend ausblenden, anstatt sich offen und deliberativ darauf zu konzentrieren, »die ideologisierten Frontlinien zu verlassen, und stärker auf die praktischen, oftmals ganz profanen Umsetzungsprobleme des ProstSchG fokussieren« (Ziemann, 2023: 116).

Ohne Zweifel markiert das ProstSchG zumindest auf ordnungspolitischer Ebene die Entwicklung von früheren Sittlichkeits- und Kriminalitätsparadigmen hin zu einem Berufsparadigma (Ziemann, 2017). Gleichwohl existieren Abwehrpraxen auch auf Seiten der sogenannten Volksparteien gegen die Anerkennung von Sexarbeit als Beruf, die Ziemann als »(latente) Strategie« (ebd.: 148 ff.) deutet, die eigene Wahlklientel zu berücksichtigen und zwei historisch gewachsene bürgerliche Prinzipien und Distinktionsmechanismen für sich zu reklamieren, die allerdings »mit der Anerkennung der Berufsprostituierten unvereinbar sind: erstens die Idee des freien Berufs und zweitens eine hohe (sittliche) Moralität« (Ziemann, 2017: 149).

Während der Diskurs von unterschiedlichen Akteur*innen in Politik, Medien und Wissenschaft dominiert wird, finden Sexarbeitende selbst jedoch vergleichsweise wenig Gehör (Rother, 2015), obwohl diese zunehmend um Beteiligung kämpfen, ihre Expertisen bereitstellen, sich politisch engagieren und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dennoch finden auch

»konkrete und pragmatische Vorschläge, etwa in Workshops auf Sexarbeits-Kongressen erarbeitete Empfehlungen von Aktivist*innen zur Verbesserung der Situation in Bordellen oder

zur Notwendigkeit gewerkschaftlicher Strukturen, (...) in der öffentlichen Verhandlung keine Resonanz.« (Speck, 2018: 110)

Prostituiertenschutzgesetz

mehr auf www.neue-praxis-shop.de

¹ Die Begriffe Sexarbeit und Prostitution werden im vorliegenden Beitrag nicht synonym verwendet, da sie nicht denselben Gegenstand darstellen.

Karl-Heinz Braun

Die Wohnungskrise als Herausforderung für die Gemeinwesenarbeit

Die Krise der Wohnraumversorgung gehört heute zu einem der zentralen Themen in den allgemeinen und den vermachteten Öffentlichkeiten sowie den politischen Agenden fast aller Parteien und Verbände. Die Soziale Arbeit im Allgemeinen und die Gemeinwesenarbeit im Speziellen tun sich mit dem Thema allerdings schwer. Das hat besonders drei Gründe:

Erstens ist die Wohnungskrise vorrangig ein Thema der Städte (auf dem Land besteht sie vorrangig im Wohnungsleerstand und der unzureichenden wohnort-bezogenen Infrastruktur). Die Mehrheit der Menschen in der BRD wohnt in den Städten: Es gibt 12.460 Kleinstädte und Dörfer, 688 Mittelstädte (50.000–200.000 Einwohner_innen) und 83 Großstädte. Es leben 21 Prozent der Bevölkerung in ländlichen und 48 Prozent in städtischen Kreisen, 23 Prozent in peripheren oder sehr peripheren Orten und 77 Prozent in zentralen oder sehr zentralen Orten. Zu letzteren gehören die TOP-7-Metropolen, auch »Big 7« genannt (Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt/M., Stuttgart, München und Düsseldorf)¹. Im Kontrast dazu steht die Tatsache, dass sich die Soziale Arbeit und Erziehung bisher allenfalls peripher mit der Eigenlogik der Städte beschäftigt hat. Zutreffend stellte Baum (2012: 572) vor einigen Jahren fest, »all das, was eine Stadt ausmacht, hat in der Theorie und in den Methoden der Sozialen Arbeit keine systematische Bedeutung.« Nun hat er selbst mit wichtigen Arbeiten wesentlich dazu beigetragen, dieses Defizit schrittweise abzarbeiten (vgl. Baum, 2007; 2018).

Zweitens wurde durch das Städtebauförderungsgesetz von 1971 im Sinn der erhaltenden Stadterneuerung die Möglichkeit geschaffen, besonders sanierungsbedürftige Stadtteile auszuwählen und mit speziellen Programmen zu fördern (§§ 3-14 StBauFG). Der Übergang zur sozialen Stadtentwicklung wird insbesondere vollzogen mit dem 1998 eingerichteten Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt«. Mit ihr werden nicht nur neue Ansprüche an die partizipative Stadtplanung normiert, sondern auch als ein neuer institutioneller und konzeptioneller Ansatz das Quartiersmanagement eingerichtet, welches einerseits der traditionellen Gemeinwesenarbeit »an die Seite gestellt« wird und ihr andererseits neue Impulse gegeben hat. Das geschah und geschieht allerdings nicht konfliktfrei, denn die Gemeinwesenarbeit agiert vorrangig Bottom-up, stellt somit das Alltagsleben der Bewohner_innen ins Zentrum. Im Quartiersmanagement dominieren die Top-down Verfahren, wobei

Städtebauförderungsgesetz von 1971

¹ Alle sozialstatistischen Angaben in diesem Beitrag sind – wenn nicht anders vermerkt – entnommen dem »Datenreport 2021 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland« (Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) 2021 (Kap.1 u.7).; alle drei Institute unterrichten auch fortlaufend die Öffentlichkeit über die neusten Trends (dort können sich also interessierte Leser_innen zeitnah informieren).

Philipp Waag/Konstantin Rink

Digitalisierung als Irritation

Von ideologischen zu reflexionstheoretischen Selbstbeschreibungen der Sozialen Arbeit im Zuge ihrer Auseinandersetzung mit digitalen Technologien

1 Einleitung

System-
theoretische
Perspektive

Im Folgenden wollen wir anhand der disziplinären Debatte um die Bedeutung digitaler Technologien für die Profession der Sozialen Arbeit zeigen, dass die deutschsprachige¹ Soziale Arbeit, wenn sie sich in den vergangenen dreißig Jahren im Kontext von Digitalisierungsphänomenen selbst thematisiert hat, allzu oft ideologischen Vorurteilen gefolgt ist und auf diese Weise ihr Reflexionspotenzial nicht ausgeschöpft hat. Wir rahmen unsere Analyse systemtheoretisch und bestimmen die Auseinandersetzungen der Disziplin der Sozialen Arbeit mit der Relevanz digitaler Technologien für die Profession als kontingente Irritationen der Selbstbeschreibungen eines gesellschaftlichen Teilbereichs.² Möchte die Disziplin der Praxis in ihrer Auseinandersetzung mit der Digitalisierung valide Erkenntnisse hinsichtlich der Ausnutzung professioneller Gestaltungsspielräume zur Verfügung stellen, sollte sie sich an dem inzwischen erreichten Reflexionsniveau ihres Digitalisierungsdiskurses orientieren und einen Rückfall in ideologische Konflikte vermeiden. Dies könnte durch Theoriearbeit und den Anstoß von Diskussionen über die Qualität und den Wert von verschiedenen theoretischen Zugängen abgesichert werden, sowohl im Hinblick darauf, was Digitalisierung aus Sicht der Sozialen Arbeit überhaupt bedeutet als auch hinsichtlich der Konsequenzen verschiedener Bedeutungszuschreibungen für die Profession.

Im ersten Abschnitt führen wir zunächst in den systemtheoretischen Rahmen unseres Beitrags ein und konzentrieren uns dabei auf das Konzept der Irritation (2). Anschließend erläutern wir die Relevanz von Selbstbeschreibungen sowie die Möglichkeit verschiedener Typen dieser Textform; wertbasierte Ideologien stellen wir wissenschaftlich orientierten Selbstbeschreibungen exemplarisch gegenüber (3). Anhand der Nachzeichnung der Bedeutungszuschreibungen digitaler Technologien für die Profession wollen wir zeigen, dass die Disziplin der Sozialen Arbeit

durch die Bevorzugung ideologischer Beschreibungen sowie die Vernachlässigung empirisch und theoretisch abgesicherter Analysen ihr Reflexionspotenzial lange nicht ausgeschöpft hat. Dies bestimmen wir als problematisch, weil es Ideologien nicht gelingt, die Kontingenz von Techniknutzung sowie ihre Einbettung in komplexe professionelle und organisationale Praktiken zu erfassen. Vielmehr setzen sie die Verwendung einer Technologie mit einer unterstellten Wirkung gleich, so dass Gestaltungsspielräume gar nicht in den Blick kommen. Erst seit wenigen Jahren

1 Aufgrund der Bedeutung der nationalstaatlichen Kontexte bei der Ausprägung professioneller sozialer Hilfen (Homfeldt/Brandhorst, 2004) sowie ihrer Digitalisierung und der dazugehörigen Diskussionen (Gillingham/Schiffhauer/Seelmeyer, 2020) werden wir auf internationale Bezüge nur exemplarisch eingehen (vgl. Bommers/Scherr, 2012: 14).

2 Den gewählten Zugang verstehen wir als eine soziologische Perspektive, die von außen auf die Soziale Arbeit blickt und sich damit von den thematisierten Innenperspektiven unterscheidet (Kieserling, 2004; Bommers/Scherr, 2012; Lambers, 2020: 6f.).

Bettina Hünersdorf/Jonathan Everts/Rolf Torsten Kramer/
Reinhold Sackmann/Stefanie Schmachtel/Tanja Sturm

Bildungs- und Betreuungslandschaften zur Herstellung von Chancengleichheit in peripheren Sozialräumen

Feldtheoretische Forschungs- und Entwicklungsperspektiven

1 Einleitung

Die Entwicklung von (trans-)lokalen Bildungs- und Betreuungslandschaften stellt, angeschoben durch die PISA-Befunde von 2000, seit etwa zwei Dekaden einen wichtigen bildungsreformerischen Baustein zur Reduzierung sozialer Benachteiligung dar, der sich auch international, z.B. unter dem Begriff der »area-based initiatives« (ABIs), beobachten lässt (vgl. Kerr/Dyson, 2017). Nachdem im deutschsprachigen Raum das Thema diskursiv etwas in den Hintergrund getreten ist, sich aber zugleich in Form des kommunalen Bildungsmanagements institutionalisiert hat (vgl. Sendzik, 2020; Niedlich, 2020), beflügelte das »Recht zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter« (Ganztagsförderungsgesetz), das in § 24 SGB VIII verankert wird und bis 2026 stufenweise umgesetzt werden soll, den wissenschaftlichen und fachlichen Diskurs erneut. Dieser Ausbau wird mit dem Hinweis legitimiert, dass es mit der Ganztagsförderung nicht »nur« um die Sicherstellung der Betreuung der Kinder ginge, sondern darüber hinaus Qualitätsansprüche mit dem Ausbau formuliert werden, die sich auf die schulische und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern beziehen, um einen Beitrag zur Chancengleichheit zu leisten¹.

Dabei hat sich das kommunale Bildungsmanagement – maßgeblich befördert durch die seit Ende der 2000er vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bundesweit aufgelten Programme »Lernen vor Ort« (2009-2014), »Bildung integriert« (2015-2021) und nun »Bildungskommune« (2021-2027) wie auch die Transferagenturen/-initiative als übergreifende Beratungsinstanz (ab 2014) – zunehmend als strategisches kommunales Handlungsfeld herausgebildet. Dieses wird von den Kommunen mit eigenen strategischen Interessen versehen und an die örtlichen Bedingungen angepasst, rekontextualisiert und bespielt. Darüber gewinnt die Kommune einen zunehmend großen Einfluss in der Hervorbringung der »Infrastrukturen von »betreuter Kindheit«« (Eßer et al., 2022) auf lokaler Ebene, welche in eine wohlfahrtsstaatliche Transformation eingebettet ist. Um diese Mechanismen in der Herstellung von Bildungs- und Betreuungslandschaften in

Bildungsreformerischer Baustein zur Reduzierung sozialer Benachteiligung

mehr auf www.neue-praxis-shop.de

¹ Diese soll in einer (trans-)lokalen Bildungs- und Betreuungslandschaft verwirklicht werden, »d.h. in einem kleinräumig definierte[m] Konglomerat aus Akteuren verschiedenster Couleur [...], die verzahnt, vernetzt und miteinander abgestimmt ein Gesamtsystem dessen zu institutionalisieren versuchen, was man im weitesten Sinne als Bildung bezeichnet« (Mattern/Lindner, 2015: 81). (Trans-)lokale Bildungs- und Betreuungslandschaften können als ein »fuzzy-concept« (Markusen, 2003: 702; Stolz, 2017), d.h. als ein vages Konzept verstanden werden, das je nach Gebrauch anders gewendet wird und keine feste Bedeutung hat (vgl. Berse, 2011: 39).

Christian Schröder/Thomas Wendt

Herausforderungen der Zukunftsgestaltung

Design Thinking als Partizipationsansatz für Soziale Arbeit und Stadtentwicklung

Partizipation gilt als ein zentraler Bestandteil einer funktionierenden und lebhaften Demokratie. Gegenwärtig zeichnet sich ein steigendes Interesse ab, sich in (kommunale) Entwicklungen einzubringen (vgl. Fischer/Hilse-Cartensen/Huber, 2022). Im aktuellen Fachdiskurs werden diesbezüglich mindestens zwei zentrale Herausforderungen bei der Beteiligung von Menschen an Stadtteilentwicklungsprozessen diskutiert: Erstens geht es um die Frage, wie es gelingen kann, marginalisierte Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene zu beteiligen. Dabei geraten nicht (mehr) nur (individuelle) Ressourcen in den Blick, sich in Partizipationsformate, wie z.B. Zukunftswerkstätten einzubringen, sondern grundsätzlich die Frage nach der Gestaltung von Partizipationsverfahren (vgl. Kaßner/Kersting, 2022). Praktisch stellt sich diese Frage beispielsweise dann, wenn Alleinerziehende keine Zeit haben, an Wochenendterminen über Stadtteilentwicklungsfragen in einem Beteiligungsworkshop zu diskutieren. Neben den zeitlichen Ressourcen gilt es zudem zu reflektieren, inwieweit Partizipationsverfahren die Position von Gruppen stärken, die sich ohnehin in Beteiligungsverfahren engagieren (vgl. Bareis, 2013; Schwänenflügel, 2015). Es ist deshalb wichtig, Verfahren zu entwickeln, die eine breite Beteiligung der Bevölkerung gewährleisten (vgl. Paust 2022). Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass Menschen regelmäßig eine (möglichst zeitnahe) Umsetzung ihrer Vorschläge erwarten. Geschieht dies nicht, droht Beteiligung, anstatt zu einer lebhaften Demokratie beizutragen, die Politikverdrossenheit zu steigern (vgl. Neunecker, 2016). Dies führt nicht nur zu Enttäuschungen, sondern schürt möglicherweise Konflikte zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft (vgl. Lüttringhaus, 2000; Walther, 2010) und/oder führt zu einer Stärkung der politischen Ränder (Klein/Peters, 2022).

Auch in der Sozialen Arbeit gilt Partizipation unlängst als Schlüsselbegriff (Schnurr, 2018) und es wird die Frage diskutiert, mit welchen Partizipationsformaten es gelingen kann, dass sich Bürger*innen gehört fühlen oder im Idealfall Selbstwirksamkeit in Partizipationsprozessen erfahren. Um den oben genannten Herausforderungen zu begegnen, kann Soziale Arbeit im städtischen Kontext ihre Expertise in Partizipationsverfahren verstärkt einbringen und als Vermittlerin zwischen Politik, Verwaltung und Bürger*innenschaft fungieren. Basierend auf Erfahrungen in verschiedenen Lehrforschungskontexten reflektieren wir in diesem Beitrag, ob eine für Soziale Arbeit und Stadtentwicklung adaptierte Version von Design Thinking eine Antwort auf die oben genannten Herausforderungen von Partizipationsprozessen sein kann. Hierbei geht es primär darum, den potenziell exkludierten Gruppen in Stadtteilentwicklungsprozessen eine Stimme zu verleihen und bedarfsorientierte Lösungen zu entwickeln, die an den Lebenswelten von Bewohner*innen ausgerichtet sind. Diese Angebote sollten möglichst zeitnah im Stadtteil umgesetzt werden, um Enttäuschungen und Konflikten vorzubeugen und die Wirksamkeit von Partizipationserfahrungen zu erhöhen.

Möglichst
zeitnahe Um-
setzung der
Vorschläge

Gabriele Wild/Marc Diebäcker/Manuela Hofer/Verena Scharf

Policing the Pandemic

Pandemische Regulierung von öffentlichen Räumen und Personen durch Polizei und Soziale Arbeit

1 Einführung und Kontext

Die Covid-19-Pandemie stellte eine weitreichende gesellschaftliche Zäsur dar, die u.a. mit einer Ausweitung sozialer Kontrolle in öffentlichen Räumen einherging und Raumbedarfe und Raumansprüche urbaner Bevölkerung veränderte. Die angestrebte Überwachung der pandemischen Maßnahmen bedeutete vielerorts auch eine Machtausweitung der Exekutive, welche u.a. mit einer hohen polizeilichen Präsenz an urbanen Plätzen verbunden war. Zugleich konnte wahrgenommen werden, dass öffentliche Räume wie in Wien während der Pandemie durchaus widersprüchlich als wichtige soziale Infrastruktur und als Orte der Gefahr thematisiert wurden. Relationen und Kodierungen zwischen ›erwünschtem‹ und problematisiertem Verhalten wurden sichtbar, veränderten sich laufend und beeinflussten auch – so die Vorannahme – das Verhältnis zwischen lokaler Polizeiarbeit und Aufsuchender Sozialer Arbeit. Berichte aus dem Feld der niederschweligen Sozialen Arbeit legten nahe, dass geänderte Aufgaben nicht nur Reaktionen auf Bedürfnislagen von Adressat*innen waren, sondern diese auch ordnungspolitischen Kalkülen folgten, normkonformes Verhalten in öffentlichen Räumen durchzusetzen. Nicht zuletzt hatten schon vorpandemische Erfahrungen gezeigt, dass im Feld der Ordnungspolitik und einer ›bürger*innennah‹ positionierten Polizeiarbeit wie in Wien, insbesondere niederschwellige Soziale Arbeit zur Kooperation bei der Sicherheitsproduktion aktiv angefragt wird (vgl. Hofer/Diebäcker/Rabeder 2021; Liepold 2021; Röggla/Wild 2020; Diebäcker 2014; Diebäcker/Hammer 2009).

Dieser Beitrag beruht auf Ergebnissen eines Forschungsprojekts, das von April bis Oktober 2022 mit Unterstützung der FH Campus Wien durchgeführt wurde. Es zielte darauf ab, Transformationen des Polizierens in öffentlichen Räumen mit Fokus auf den Zeitraum März 2020 bis April 2022 aus der Perspektive Sozialer Arbeit zu rekonstruieren. Dabei galt es (1) Veränderungen in öffentlichen Räumen sowie (2) Praxen Aufsuchender Sozialer Arbeit im Verlauf der Pandemie zu erfassen. Zudem zielte das Vorhaben darauf ab, (3) Änderungen in Verhältnissen Aufsuchender Sozialer Arbeit zur Polizei zu erkennen sowie (4) potenziell damit verbundene fachliche Herausforderungen zu bestimmen.

Mittels eines qualitativen Forschungszugangs wurde ein Fokus auf die »Aufsuchende/Mobile Jugendarbeit« und die »Aufsuchende Soziale Arbeit mit Erwachsenen« gelegt. In zwei berufsfeldspezifischen Fokusgruppen rückten Erfahrungen von Streetworker*innen in ihrem Arbeitsalltag in den Mittelpunkt. Eine dritte Fokusgruppe bestand aus Leitungskräften beauftragter sozialer Trägerorganisationen sowie aus Verantwortlichen involvierter Verwaltungsstellen, um berufsfeldübergreifende und beauftragende Logiken Aufsuchender Sozialer Arbeit in den Blick zu bekommen. In einer vierten Fokusgruppe brachten Aktivist*innen und Initiativen ohne direkte staatliche Beauftragung ihre Außensicht auf Praxen des Policing in öffentlichen Räumen ein. Die Erhebungen wurden im Mai und Juni 2022 durchgeführt. Insgesamt nahmen Personen aus 24 unterschiedlichen Angeboten, Initiativen und Organisationseinheiten teil. Die aufbereiteten Transkripte wurden inhaltsanalytisch kodiert und im Rahmen gemeinsamer Auswertungsworkshops analysiert. Vorläufige Ergebnisse wurden im Herbst 2022 Teilnehmer*innen der Fokusgruppen sowie der Fachöffentlichkeit vorgestellt und kommunikativ validiert.¹

¹ Ergebnisse wurden auch bei der INUAS-Konferenz »Urbane Transformationen: Öffentliche Räume« (September 2022) sowie den Arbeitsgruppen »Offene

np-Sonderheft 17

Verletzbarkeit, Trauma und Diskriminierung – Intersektionale Perspektiven auf (Zwangs-)Migration

Franka Metzner/Lisa Schneider/Laura Schlachzig

Traumata und psychisches Belastungserleben sind breit besprochene Themen Sozialer Arbeit. Sind Menschen mit einer Fluchtgeschichte von Traumata und psychischen Belastungen betroffen, werden diese im Fachdiskurs häufig individualisiert und in das Herkunftsland, in „eine andere Kultur“ sowie auf Erlebnisse der Flucht ausgelagert. Die Eingebundenheit in intersektionale Diskriminierungserfahrungen und ihre Bedeutung für die Entstehung von Trauma werden von der weißen Dominanzgesellschaft häufig dethematisiert und nicht anerkannt. Klassistische, rassistische, sexistische bzw. heteronormative sowie ableistische Anrufungen erfahren geflüchtete Menschen auf struktureller, institutioneller und interaktionaler Ebene. Das Sprechen von im Herkunftsland entstandener Traumata überlagert dabei das Sprechen von Unsicherheit, Asylrechtsverschärfungen, intersektional wirkenden Diskriminierungen und führt schließlich dazu, dass der eigene nationalstaatliche Raum unangetastet bleiben kann. In diesem Themenheft wird der Annahme gefolgt, dass Diskriminierungserfahrungen potenziell traumatisch wirken können. Aus einer intersektionalen Perspektive, die Verschränkungen und Überlagerungen verschiedener Diskriminierungsebenen fokussiert, wird der Frage nachgegangen, wie komplexe Diskriminierungserfahrungen die Lebenssituation zwangsmigrierter Menschen prägen können sowie deren Bedeutungen für die Entwicklung eines Traumas und Traumafolgen skizziert. Vierzehn interdisziplinär ausgerichtete Beiträge widmen sich dem Thema „Verletzbarkeit, Trauma und Diskriminierung – Intersektionale Perspektiven auf (Zwangs-)Migration“ aus intersektionaler Perspektive.

Mit Beiträgen von:

Mabu Aghaei, Ariane Brensell, Elisa Cohrs, Daniel Diekmann, Lina Droste, Karim Fereidooni, Oumar Mamabarkindo, Mona Massumi, Franka Metzner, Behshid Naja fi, Jan Niggemann, Inga Oberzaucher-Tölke, Laura Schlachzig, Lisa Schneider, Johanna Solfen, Leonie Teigler, Alva Träbert, Karla Verlinden, Bettina Wuttig

158 Seiten, für Abonnent*innen der np und SLR: 21,50 EUR

Für Nichtabonnent*innen: 24,90 EUR zzgl. Versandkosten

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:

www.neue-praxis-shop.de

ISBN 978-3-9819474-3-4

np-Sonderheft 16

Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit

Zur Gewährleistung demokratischer Teilhabe an Forschungsprozessen

Florian Eßer/Clarissa Schär/Stefan Schnurr

Die Soziale Arbeit in den Englisch und Spanisch sprechenden Ländern praktiziert partizipative Forschung in großer Selbstverständlichkeit. Für die Soziale Arbeit in den Deutsch sprechenden Ländern spielt partizipative Forschung zurzeit jedoch kaum eine Rolle. Partizipation ist in der akademischen Sozialen Arbeit zwar durchaus ein Thema – aber als Postulat für die Handlungspraxis, nicht für die Forschungspraxis.

Sozialpädagogik und Soziale Arbeit stehen vor der Herausforderung, Positionierungen und Beteiligungsstrukturen in ihrer eignen Forschungspraxis kritisch zu reflektieren. Sie stehen vor der Herausforderung, sich der Anliegen und der persönlichen und zivilgesellschaftlichen Rechte jener Personen, die durch eigene Betroffenheiten und ihre gelebte Erfahrung mit dem Gegenstand der Forschung verbunden sind, stärker zu vergewissern und diesen Personen neue Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen – auch in der Forschung.

Das Sonderheft 16 der neuen praxis möchte die deutschsprachige Sozialpädagogik und Soziale Arbeit dazu einladen, sich mehr als bisher mit den Möglichkeiten auseinanderzusetzen, die partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit bietet. Dabei geht es nicht darum, partizipative Forschung als neuen »one-best-way« auszurufen. Stattdessen will dieses Heft zur Auseinandersetzung mit einem Forschungsstil anregen, der in besonderer Weise dazu geeignet ist, die Rechte und Positionen nichtakademisch Forschender im Forschungsprozess zu stärken und transparent auszuhandeln.

Partizipative Forschung in der Sozialen Arbeit wird in epistemologischer, methodologischer, methodischer, forschungspraktischer und forschungsethischer Perspektive diskutiert und kritisch weiterentwickelt. Zwanzig Autor*innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz reflektieren – mit Bezug auf konkrete Forschungsprojekte aus unterschiedlichen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit – Forschungskonzeptionen, Gütekriterien, Beteiligungsformen, Widersprüche und den Umgang damit. Ein sich durchziehendes Thema ist die Machtstrukturiertheit von Forschung – sowohl auf der Ebene des Wissenschaftssystems als auch auf der Ebene des einzelnen Forschungsprojekts.

Mit Beiträgen von:

Kathrin Aghamiri, Heiko Berner, Florian Eßer, Daphne Hahn, Rahel Heeg, Marilena von Köppen, Susanne Kümpers, Katharina Mangold, Rita Mouses, Angela Rein, Christian Reutlinger, Elisabeth Richter, Doris Rosenlechner-Urbaneck, Clarissa Schär, Dorothee Schaffner, Kristina Schmidt, Stefan Schnurr, Wolfgang Schröer, Miriam Sitter, Olivier Steiner, Michael Wrentschur

158 Seiten, für Abonnent*innen der np und SLR: 18,00 EUR

Für Nichtabonnent*innen: 22,00 EUR zzgl. Versandkosten

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:

www.neue-praxis-shop.de

ISBN 978-3-9819474-2-7

np-Sonderheft 14

Die herausgeforderte Profession – Soziale Arbeit in multiprofessionellen Handlungskontexten

Hrsg. Nina Thieme/Mirja Silkenbeumer

Die rapide Transformation des deutschen Wohlfahrtsstaates hin zu einem Sozialinvestitionsstaat und damit verbundene neoliberale Politiken stellen eine grundlegende Herausforderung Sozialer Arbeit als Profession und mit Blick auf ihre Professionalität dar.

Hinzu kommt für Soziale Arbeit im Zuge gegenwärtiger Ausdifferenzierung und Diversifizierung (sozial-)pädagogischer Felder und einer damit einhergehenden institutionellen Notwendigkeit multiprofessioneller Zusammenarbeit eine weitere, ebenso grundlegende Herausforderung: Gerade in der Zusammenarbeit mit anderen professionellen Berufsgruppen stellt ein statuspolitisch notwendiges und als Fundament einer eigenständigen professionellen Praxis geltendes – vor dem Hintergrund der durch gegenwärtige wohlfahrtsstaatliche Transformationsprozesse bedingten Herausforderung Sozialer Arbeit eher als prekär einzustufendes – Ausweisen eigener Zuständigkeit ein wesentliches Erfordernis dar, das jedoch gleichzeitig im Rahmen einer multiprofessionellen Zusammenarbeit auch irritiert wird.

Das Sonderheft diskutiert erstmalig diese Herausforderungen Sozialer Arbeit in Form theoretischer Vergewisserungen und empirischer Analysen, mit Blick auf verschiedene Handlungskontexte, und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Fundierung der eigenen Professionalität in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen multiprofessioneller Kooperation.

Mit Beiträgen von:

Roland Becker-Lenz, Oliver Böhm-Kasper, Birgit Bütow, Peter Cloos, Christine Demmer, Tobias Franzheld, Johanna Ginter, Lisa Maria Groß, Benedikt Hopmann, Oliver Käch, Marlene Kowalski, Katharina Kunze, Svenja Marks, Susanne Maurer, Silke Müller-Hermann, Lukas Neuhaus, Alexandra Retkowski, Julian Sehmer, Mirja Silkenbeumer, Nina Thieme, Werner Thole, Norbert Wohlfahrt, Maren Zeller, Holger Ziegler

126 Seiten, für Abonent_innen der np und SLR: 18,00 EUR,
für nicht Abonent_innen: 22,00 EUR zzgl. Versandkosten

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag:
www.neue-praxis-shop.de

ISBN 978-3-9810815-9-6

Soziale Arbeit & Nachhaltigkeit

Welche Rolle nimmt Soziale Arbeit im Kontext von Nachhaltigkeit ein und wie können Barrieren für eine nachhaltige Entwicklung durch Soziale Arbeit abgebaut werden?

Wollen wir in der sozialarbeiterischen Praxis den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Klimawandels professionell begegnen, müssen wir die vielfältigen Potenziale Sozialer Arbeit zunächst (an)erkennen.

Die

FORUM sozial

2/2023 zeigt unter anderem:

- den Mehrwert der Sozialen Arbeit für die Nachhaltigkeitsdebatte
- Soziale Arbeit, Klimawandel und Nachhaltigkeit in universitärer Lehre und Bildung
- wie der Hitzebesuchsdienst soziales und ökologisches Engagement verbindet
- Wirkmodelle und die Wirkung Sozialer Arbeit
- Instrumente und Verfahren für einen konstruktiven Umgang mit Unsicherheiten

Selbst mal reinschauen oder Einzelausgabe verschenken? Die gibt's für 12,50 Euro unter dbsh.de/shop – und für DBSH-Mitglieder kostenlos.



AUSGABE
2/2023

**SOZIALE ARBEIT
UND NACHHALTIG-
KEIT**

Und weil sich gute, konstruktive, fachliche und kontroverse Gespräche nicht zwischen zwei Umschlagseiten bündeln lassen, laden wir Sie ein, dabei zu bleiben – als neues Mitglied, dessen Interessen der DBSH vertritt!

**dbsh.de/
mitglied-werden**



Deutscher Berufsverband
für Soziale Arbeit e.V.

DBSH

In den nächsten Heften u. a.

- Jugendarbeit und die Große Transformation. Möglichkeiten und Probleme von Jugendarbeit angesichts sozial-ökologischer Wandlungsprozesse
- Leibkörperliche Interaktionen in der Sozialen Arbeit – Über die Vermittlung von Nähe und Distanz in der professionellen Fallbearbeitung
- Familiengrundschulzentren zwischen Wunsch und Wirklichkeit – zu den (Un-)Möglichkeiten der Familienbildung im Setting Schule